



### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Carolina Brauckmann	Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule
Frau Dr. Christiane Köhler	CDU
Frau Antonella Giurano	Bunte

### **Vorschläge der Wohlfahrtsverbände**

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Peter Krücker	Caritasverband

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln
----------------------	-----------------------------------

### **Vorschläge der Wohlfahrtsverbände**

Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde Köln

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Walter Schulz	SPD
------------------------	-----

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Michaela Diers	AIDS-Hilfe Köln e.V.
Herr Jochen Saurenbach	Bartmänner Köln e.V.

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Helene Uckermann	auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken



- 4.1.2 Beschlüsse des Integrationsrates und Stellungnahme der Behindertenorganisationen zur Mitteilung 1305/2013  
2143/2013
- 4.2 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen: Entwicklung von unterstützenden Angeboten im Regionalen Bildungsbüro für Kölner Schulen auf dem Weg zur Inklusion  
1548/2013
- 4.3 Aktion des "Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung" zum Internationalen Tag gegen Rassismus 2013  
1669/2013
- 4.4 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2012/2013  
1663/2013
- 4.5 "Veedel für Menschen - Stadtbezirk Ehrenfeld"  
1973/2013
- 4.6 Geschäftsprozessoptimierung (GPO) „Bildung und Teilhabe“ (BuT)  
2082/2013
- 5 Wohnen**
- 5.1 Belegrechtsvertrag mit der GAG - Wohnungsversorgung von benachteiligten Haushalten  
2150/2013
- 5.2 Jahresbericht 2012 der Beratungsstelle für Wohnraumanpassung und Wohnungswechsel "wohn mobil", PariSozial Köln  
2151/2013
- 6 Sachstand Programm Mülheim 2020**
- 6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020  
MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht  
2030/2013
- 7 JobCenter Köln**
- 7.1 Bericht des Jobcenters Köln  
1964/2013

7.2 Anfragen

**8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 06/2013  
2085/2013

**9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

**10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 Inanspruchnahme Arbeitslosengeld I oder Hartz IV von Lehrkräften auf Grund befristeter Arbeitsverträge  
AN/0662/2013

10.2.2 Umwandlung von befristeten Arbeitsverhältnissen in Dauer-Arbeitsplätze  
AN/0801/2013

**11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

11.1 Verteilung der Fördermittel 2013 - SeniorenNetzwerke/offene Altenarbeit  
1775/2013

11.2 Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen  
hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse  
2117/2013

11.3 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel

hier: Maßnahmebewilligungen 2013  
1565/2013

**12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

**13 Ausschussempfehlungen an den Rat**

13.1 Überplanmäßiger Aufwand für Bewachung im Bereich der Flüchtlingswohnheime  
Hj. 2013/2014  
1223/2013

- 13.2 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln  
4241/2012
- 13.3 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln  
1617/2013
- 13.4 Verwendung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren sowie der Mittel für Interkulturelle und Integrationsprojekte für die Jahre 2013 und 2014. Hierzu Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in 2013 unter Herstellung einer jahresübergreifenden Haushaltsneutralität.  
2050/2013
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 15 Anfragen**

**Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

### 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

### 3 Beantwortung von Anfragen

#### 3.1 Beantwortung der CDU Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates "Plakataktion Inklusion" 1866/2013

Herr Ladenberger merkt an, dass ihn der Protest der Förderschulen überrascht habe und an der falschen Stelle angesetzt sei. Die Inklusionsdiskussion habe nicht das Ziel darzulegen, dass Sonderschulen und deren Lehrer/innen schlechte Arbeit leisten würden. Mit der Inklusion würden Änderungen einhergehen, an die sich die Lehrer/innen erst gewöhnen müssten und die zum Teil auch schwierig sein könnten. Der Plakatwettbewerb sei aber ein guter Ansatzpunkt für die kontroverse Inklusionsdebatte.

Frau Hoyer äußert sich positiv zu der Durchführung der „Plakataktion Inklusion“. Sie fragt, wie man in Zukunft alle Akteure dieses Inklusionsprozesse – auch die Förderschulen – mit in diesen Prozess einbinden könne.

Frau Gärtner schließt sich der Aussage von Frau Hoyer an. Sie erläutert, dass in der Inklusionsdebatte betroffene Akteure das Gefühl gewinnen könnten, dass die Förderschulen ganz abgeschafft werden können. Für sie sei es wichtig an der Stelle die Diskussion mit allen Beteiligten fortzusetzen.

Frau Schmerbach fand, dass die Preisverleihung eine gelungene Veranstaltung gewesen sei. Da Inklusion in den Köpfen beginnen würde, sei die plakative Aufklärung sehr wichtig. Sie weist daraufhin, dass Inklusion nicht nur eine schulische Herausforderung sei. Dieser Aspekt sei zwar sehr wichtig, aber Inklusion sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Herr Helling erinnert daran, dass ein subjektiver Vorwurf vom Sprecher der Förderschulen ausgesprochen wurde, dass ein Inklusionsplakat diskriminierenden Charakter habe. Dieser Vorwurf werde vom Ausschuss Soziales und Senioren entschieden zurückgewiesen. Das entsprechende Plakat habe keinerlei diskriminierenden Charakter.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

#### 3.2 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung vom 27.05.2013 , Zentrales Beratungstelefon für Senioren und Menschen mit Behinderung: 2012 1982/2013

Frau Dr. Köhler bedankt sich für die Beantwortung.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

### **3.3 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.06.2013 (AN/0662/2013) 2236/2013**

Frau Hoyer dankt für die Beantwortung. Sie fragt, ob generell keine Daten von Lehrer/innen, welche Leistungen von der Agentur für Arbeit in Anspruch nehmen würden, erhoben würden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung um eine Antwort zur nächsten Sitzung.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

## **4 Mitteilungen**

### **4.1 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln 1305/2013**

Frau Gärtner hält weitere Aufklärung zum Diversity-Management für unerlässlich.

Frau Schmerbach erläutert, dass es nicht unbedingt um eine Fachtagung zum Thema Diversity-Management gehen müsse, wichtig wäre für sie, dass weitere Diskussionsrunden über die Schnittstellenproblematik geführt werden.

Herr Helling weist daraufhin, dass der Charakter der Fachtagung schon in der Beschlussfassung des Integrationsrates dargestellt sei.

Herr Kienitz stellt fest, dass es auch um eine inhaltliche Diskussion gehe. Es müsse aufgezeigt werden, welche Ziele mit dem Diversity-Management erreicht werden sollen.

Frau Brauckmann erinnert daran, dass der Wunsch zwischen den Stadtarbeitsgemeinschaften darin bestehe, sich inhaltlich auszutauschen. Sie bittet um Informationen, wie die Fachtagung Diversity inhaltlich konzipiert sei. Diversity sei eine gesellschaftliche Aufgabe, bei der alle Akteure mitgenommen werden müssen.

Herr Ladenberger sagt, dass Stadt AG Behindertenpolitik mit dem jetzigen Stand zum Diversity-Management unzufrieden sei. Des Weiteren kritisiert er, dass der bisherige Entscheidungsprozess zum Diversity-Management nicht partizipatorisch gestaltet wurde.

Frau Hoyer sieht die Schwierigkeit im Diversity-Management augenblicklich darin, dass zuerst über die Organisation dann erst über Inhalte gesprochen wurde. Das Konzept zum Diversity-Management könne nur dann zu einem Erfolg werden, wenn es gelinge, alle Menschen „mit zu nehmen“.

Herr Helling versucht die Erwartungen der Stadtarbeitsgemeinschaft LST zu dämpfen. Er gehe nicht davon aus, dass auf einer Diversity-Fachtagung nach den Sommerferien ein ausgearbeitetes Diversity-Konzept vorgelegt werden könne. Auf dieser Fachtagung sollten offene Fragen und Eckpunkte des Diversity-Konzeptes diskutiert werden.

Frau Reker erklärt, dass es sich nur um eine Organisationsverfügung handle. Diese liege in der Organisationshoheit des Oberbürgermeisters. Diese Organisationsverfügung habe sich aus den bestehenden Rahmenbedingungen (Integrationszentrum, Haushaltsplan, Prüfaufträge) entwickelt. Sie bedankt sich für die rege Diskussion, vor allem aus der Politik, zum Diversity-Management. Die berechtigten Bedenken zu der Wiederbesetzung der Stelle der Behindertenbeauftragten seien zwar nachvollziehbar, aber unbegründet. Die Stelle der Behindertenbeauftragten werde wieder besetzt, allerdings werde sie sich in einer anderen Organisationseinheit wiederfinden. Das kommunale Integrationszentrum werde mit 8,64 Stellen werde eine gute, arbeitsfähige Einheit sein. Auch das Referat LST werde weiter bestehen. Es werde weiter Zielgruppenarbeit geben und zusätzlich sollen die erfahrenen Mitarbeiter/innen ihr Augenmerk auf Diversity richten. Sie bittet darum, dass die Stellen zunächst besetzt werden sollen und im Anschluss an die Stellenbesetzung die Fachveranstaltung durchgeführt werde. Die Erfahrungen und Ergebnisse die dann auf dieser Fachtagung gewonnen werden sollen dann mit in das Diversity-Konzept einfließen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass sich der Ausschuss Soziales und Senioren dem Beschluss des Integrationsrates und der Stellungnahme der Behindertenorganisationen anschließe.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

**4.1.1 Personelle Ressourcen stärken - Diversity Management für die Stadt Köln - Stellungnahme der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 13.05.2013 (Vorlage zurückgezogen, die Vorlage wird durch die Vorlage 2143/2013 ersetzt)  
2063/2013**

Diese Vorlage wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

**4.1.2 Beschlüsse des Integrationsrates und Stellungnahme der Behindertenorganisationen zur Mitteilung 1305/2013  
2143/2013**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt.

**4.2 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen: Entwicklung von unterstützenden Angeboten im Regionalen Bildungsbüro für Kölner Schulen auf dem Weg zur Inklusion  
1548/2013**

Frau Schmerbach ergänzt, dass das Schulverwaltungsamt Rheinland mit einbezogen werden solle, um den Bereich der Förderschulen mit zu berücksichtigen.

Frau Gärtner schlägt vor, dass die Ergebnisse einer Landtagsdiskussion zum Thema Inklusion dem Ausschuss Soziales und Senioren zugänglich gemacht werden sollen.

Frau Reker sagt zu, dass man versuchen werde, die Protokolle dieser Landtagsdiskussion dem Ausschuss vorzulegen.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

#### **4.3 Aktion des "Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung" zum Internationalen Tag gegen Rassismus 2013 1669/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold bedauert, dass der Ausschuss Soziales und Senioren nicht im Vorfeld nicht über diese Veranstaltung informiert wurde, so war eine Teilnahme von Ausschussmitgliedern nicht möglich.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

#### **4.4 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2012/2013 1663/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die Einschulungshilfe für Schulanfänger auch für das nächste Schuljahr im Haushaltsplan gerettet wurde. Dies habe der Rat in seiner Haushaltssitzung dies so beschlossen.

Frau Stahlhofen fragt ob eine schnellere Abwicklung bei der Bearbeitung der Anträge möglich sei.

Frau Reker antwortet, dass es keine zeitlichen Komplikationen gegeben habe.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

#### **4.5 "Veedel für Menschen - Stadtbezirk Ehrenfeld" 1973/2013**

Herr Kienitz fragt, ob diese Mitteilung auch der Bezirksvertretung Ehrenfeld mitgeteilt werden könne.

Frau Reker antwortet, dass dies bereits erfolgt sei.

Frau Schmerbach teilt mit, dass sie zur angegebenen Internetplattform für Senioren keinen Zugang bekommen konnte. Sie bittet dies zu prüfen und ggf. zu reparieren.

Frau Reker sagt einer Überprüfung zu.

Herr Helling fragt ob die Mitteilung auch der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik vorgelegt werde. Des Weiteren fragt er, ob die Ergebnisse des Forschungsprojektes (ÖFFNA) auch dem Ausschuss Soziales und Senioren zugänglich gemacht würden. Weiter fragt er, ob die Leistungsanbieter darauf achten würden, dass alle räumlichen Bereiche gleich gut abgedeckt würden. Er äußert die Sorge, dass es in einigen Bereichen bei gewissen Angeboten (z.B. private Pflegedienste) zu einer Überversorgung kommen könnte, während andere räumliche Bereiche mit notwendigen Angeboten

vernachlässigt würden. Inwieweit seien solche Strukturen zu diskutieren, wenn man die Erfahrungen aus Ehrenfeld in andere Stadtbezirke übertragen wolle.

Herr Ladenberger dankt für den interessanten Bericht. Er fragt, ob auch für andere Zielgruppen eine „Veedelspolitik“ möglich sei und ob ein solches sozialraumorientiertes Vorgehen auf andere Stadtbezirke (Stadtteile) übertragbar sei.

Frau Reker antwortet, dass die sozialraumorientierten Projekte in Köln eine sehr effektive Arbeit sei und in diesen Sozialräumen auch zielgruppenorientiert gearbeitet werden könne. Im Augenblick können gut funktionierende Projekte in dem einen Stadtteil leider nicht identisch sofort auf einen anderen Stadtteil übertragen werden. Das gewonnene Wissen aus den einzelnen Projekten solle aber gezielt in andere Projekte einfließen.

Sie glaube, dass der Markt die Angebote regeln würde. Es bestehe zwar die Möglichkeit, durch gezielte Rahmenbedingungen Anreize zu schaffen und eine gewisse Steuerungsfunktion zu übernehmen, aber andere Möglichkeiten, die notwendigen Angebote in allen Stadtteilen zu sichern, sehe sie nicht.

Herr Plückthun fragt wie ein so gutes Projekt weiter in die Öffentlichkeit zu tragen sei, um noch mehr Menschen für solch ein Projekt zu begeistern. Er weist auf den Punkt 5.3 in der Vorlage hin, in diesem werde mitgeteilt, dass es eine deutlich zu geringe Besucherzahl von Seniorinnen und Senioren gegeben habe.

Frau Reker antwortet, dass die Veranstaltung gut besucht gewesen sei.

Herr Santelmann ergänzt, dass durchaus viele Menschen dagewesen seien, aber es wäre schön gewesen, wenn noch mehr Menschen anwesend gewesen wären.

Frau Hoyer dankt für die Vorlage der Ergebnisse der Untersuchung und sieht Ansatzpunkte wie die weitere Arbeit noch optimiert werden könne.

Frau Dierksmeier sieht ebenfalls die Chance, dass es zu einem Erfahrungs- und Wissenstransfer in andere Stadtteile kommen könne. Sie teilt mit, dass auch Menschen mit Migrationshintergrund an der Veranstaltung teilgenommen haben.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

#### **4.6 Geschäftsprozessoptimierung (GPO) „Bildung und Teilhabe“ (BuT) 2082/2013**

Frau Stahlhofen fragt, ob es einen Leitfaden zur Bearbeitung der Anträge für die Kunden gebe, da einige Personen nicht wüssten wie und wo dies Leistung zu beantragen sei.

Frau Reker antwortet, dass Antrags berechnigte Kunden die Anlaufstellen kennen und die Anträge entweder im Jobcenter (SGB II Bezieher) oder im Sozialamt (SGB XII Grundsicherung oder Asylbewerber) stellen und dort gut betreut würden.

Frau Gärtner stellt fest, dass in der Vorlage Mängel aufgezeigt seien und der gesamte Vorgang zur „Bildung und Teilhabe“ optimiert werden könne. Die CDU Fraktion werde den weiteren Verlauf sehr kritisch begleiten und darauf achten, ob zusätzliche Maßnahmen auch tatsächlich eine Verbesserung bringen. Aus der Vorlage sei auch nicht ersichtlich, was für konkrete Änderungen eingeleitet und umgesetzt werden sollten. Dies sei aber notwendig, um für dieses Projekt möglichst viele Bundesmittel abschöpfen zu können.

Herr Helling fragt, ob diese Abteilung auch mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet sei.

Herr Koch fragt, ob für die Abteilung genügend fähiges Personal zur Verfügung stehen würde.

Frau Reker dankt für die Unterstützung. Der Stellenplan müsse aber zuerst mit dem zuständigen Amt und dem Stadtdirektor diskutiert werden. Über den weiteren Umsetzungsprozess werde der Ausschuss Soziales und Senioren weiter informiert.

Herr Helling sagt, dass der Stellenplan seiner Erinnerung nach nie in Fachausschüssen besprochen werde, dies sei aber sinnvoll, da die Fachausschüsse den besten Überblick über ihre jeweiligen Bereiche hätten.

Herr Corneth erläutert, dass die Anmerkungen von Herrn Helling inhaltlich richtig seien, aber der Stellenplan Haushaltsrecht sei. Daher müsse die Diskussion im Haushaltsausschuss geführt werden. Er würde aber bezweifeln, dass sich der Haushaltsausschuss beim Stellenplan hinein reden werden lasse.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

## **5 Wohnen**

### **5.1 Belegrechtsvertrag mit der GAG - Wohnungsversorgung von benachteiligten Haushalten 2150/2013**

Frau Lerchner fragt, wie viele von den 8.200 Wohnungen tatsächlich für Wohnungsnotfälle zur Verfügung stehen und tatsächlich freigehalten würden. Weiter fragt sie, was mit der strukturelle Änderungen gemeint sei oder ob es auch Änderungen bei dem Bedarf von Wohnungen gebe.

Herr Plückthun fragt, wieso die vertragliche Bindung durch den Letter of Intent (LOI) ersetzt werden solle.

Frau Stahlhofen fragt, über was für einen Fahrplan zur Wohnungsversorgung in der Presse berichtet wurde und wann der Ausschuss Soziales und Senioren darüber eine Mitteilung erhalte.

Frau Reker antwortet, dass alle Wohnungen für Wohnungsnotfälle vorgesehen seien.

Herr Schumacher ergänzt, dass im Grundsatz alle 8.200 Wohnungen für Wohnungsnotfälle gewidmet seien. Es seien aber bei Weitem nicht alle Wohnungen mit von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen belegt. Über Arbeitskreise mit der GAG werde eine möglichst breit gestreute Mischung erreicht. Wie in der Vorlage erwähnt sei, belaufe sich die Belegungsfluktuation auf etwa 200 Wohnungen. Im operativen Geschäft werde versucht, dass diese Wohnungen auch tatsächlich bewohnt werden und nicht leer stehen. Freigehalten würden Wohnungen über wenige Monate nur dann, wenn im Rahmen der Prävention zunächst versucht werde, das bestehende Mietverhältnis zu erhalten, aber eine Belegungswohnung bereitstehen muss, um akute Obdachlosigkeit zu verhindern.

Der Fahrplan sei, dass man jetzt wieder in die Verhandlungen mit der GAG eintrete. Die Termine für die ersten Sitzungen der Arbeitsgruppen seien bereits festgelegt worden. Ein exakter Fahrplan sei noch nicht erstellt worden.

Die strukturelle Umstellung sei Gegenstand der Verhandlungen.

Frau Reker ergänzt, dass beabsichtigt sei, wieder einen Vertrag abzuschließen und die erfolgreiche Kooperation fortzuführen.

Herr Corneth erläutert, dass der Letter of Intent nur eine Absichtserklärung sei. Er gehe davon aus, dass mit der GAG ein neuer Vertrag erzielt werde.

Frau Reker bestätigt Herrn Corneth, dass der 2015 auslaufende Vertrag durch einen neuen Vertrag ersetzt werde.

Herr Helling bittet darum, diese Mitteilung zur Kenntnisnahme an den Stadtentwicklungsausschuss weitergeleitet werde.

Frau Dr. Köhler fragt wieso nur 8.000 Wohnungen zur Verfügung stehen würden. Bei der jetzigen Wohnungsnot müsse doch versucht werden, noch mehr Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold antwortet, dass es augenblicklich sinnvoller sei, neue Wohnungen zu bauen als weitere Belegungsrechte anzukaufen.

Herr Ferber ergänzt, dass die Belegrechtswohnungen eine Präventivmaßnahme der Stadt Köln gegen bestehende Wohnungsnot sei. Hierbei stehen 8.200 Wohnungen zur Verfügung, auf die die Stadt ein direktes Belegungsrecht habe. Dies sei durchaus eine hohe Anzahl von Wohnungen.

In den Gesprächen mit der GAG gehe es auch um Anpassungen des nun abzuschließenden Vertrages an den seit 2000 veränderten Wohnungsmarkt. Über den weiteren Verlauf werde der Ausschuss Soziales und Senioren weiter informiert.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

## **5.2 Jahresbericht 2012 der Beratungsstelle für Wohnraumanpassung und Wohnungswechsel "wohn mobil", PariSozial Köln 2151/2013**

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

## **6 Sachstand Programm Mülheim 2020**

### **6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht 2030/2013**

Herr Oster teilt zum umgedruckt vorliegenden Sachstand folgende Änderungen mit:

- bei dem Projekt „Neue Arbeit für Mülheim“ seien die vergaberechtlichen Möglichkeiten und Bedingungen geprüft worden, um in ein anderes Verfahren überzuleiten. Mit dem Fachamt, dem Amt für Soziales und Senioren, seien die inhaltlichen Möglichkeiten eines weiteren Verfahrens abgestimmt worden und die Verwaltung sei zu dem Schluss gekommen, in ein Verhandlungsverfahren eintreten zu wollen. Das Vergabeamt sei gebeten worden, das bisherige Vergabeverfahren aufzuheben, damit in ein Verhandlungsverfahren übergeleitet werden kann. Zusätzlich mussten aufgrund von inzwischen erfolgten Gesetzesänderungen (z. B. Tarifreuegesetz) alle bisherigen Ausschreibungsunterlagen überarbeitet und verändert werden. Nach Abschluss dieser Anpassung und Überprüfung der Vergabeunterlagen werden die bisherigen Interessenten und ggf. weitere potentielle Bieter zu dem Verhandlungsverfahren eingeladen.

- Das für das „Baustoff Recycling“-Projekt von der Verwaltung konzipierte Ersatzprojekt kann nicht weiter verfolgt werden, da aufgrund der aufwändigen Genehmigungsverfahren – der Standort liegt im Landschaftsschutzgebiet und im Hochwasserbereich – das Projekt nach Einschätzung des Fachdezernates nicht innerhalb des Förderzeitraumes fertiggestellt werden kann.

Herr Helling hat in der Februar Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren über die finanziellen Rahmendaten des gesamten Programms eine Nachfrage gestellt und um eine Gesamtübersicht gebeten. Die Zurverfügungstellung dieser Übersicht gestaltet sich aus zwei Gründen allerdings schwieriger als gedacht. Zum einen mussten von der Projektgruppe prioritär die aktuellen Förderanträge für das Jahr 2013 berechnet und bearbeitet werden. Zum anderen ist die ständig fortgeschriebene Kosten- und Finanzierungsübersicht über alle Projekte (ausgedruckt 13 DIN A3-Seiten), die zudem nach den Bedingungen und Kriterien des Fördermittelgebers aufgebaut ist, in der vorliegenden Form nicht geeignet, diesen Gesamtüberblick für die Mitglieder des Ausschusses zu schaffen. Von der Verwaltung wurde zugesagt, die vorliegenden Finanzdaten kurzfristig in eine lesbare und verständliche Gesamtübersicht zu „übersetzen“.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

## **7 JobCenter Köln**

### **7.1 Bericht des Jobcenters Köln 1964/2013**

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

### **7.2 Anfragen**

Es werden keine Anfragen gestellt.

## **8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**

### **8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 06/2013 2085/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, wann die Stelle der Behindertenbeauftragten neu besetzt werde.

Frau Reker antwortet, dass die Ausschreibungsunterlagen vorlägen. Es werde eine interne Ausschreibung geben und dann werde es zügig zu einer Neubesetzung kommen.

Frau Reinecke dankt für die gute und vertrauenswürdige Zusammenarbeit. Sie berichtet aus der Erfahrung des Arbeitskreises der Behindertenbeauftragten deutscher Großstädte, dass es am Kölner Rheinufer wenig behindertengerechte Gastronomie gebe.

Frau Stahlhofen bestätigt die Aussage von Frau Reinecke.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

## **9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

## **10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

### **10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen**

Frau Lerchner erinnert daran, dass ihre Frage aus der Sitzung am 17.01.2013 und 11.04.2013, zum Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011 ( was mit den 10 schwerbehinderten Auszubildenden passiert sei, die in dem Ausbildungsjahr 2011-2012 eingestellt worden seien) schriftlich beantwortet werden sollte. Sie bittet darum, dass die Antwort mit aktuellen Daten ergänzt werde.

Frau Schmerbach fragt zum wiederholten Mal nach der Inklusionsvereinbarung zwischen Oberbürgermeister und Personalrat und bittet darum, dass diese Vereinbarung dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis vorgelegt werde.

Frau Reker antwortet, dass sie die Anfragen mit Nachdruck weiter gebe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bestätigt noch einmal den dringenden Wunsch des Ausschusses Soziales und Senioren, dass die Anfragen von Frau Lerchner und Frau Schmerbach beantwortet werden.

### **10.2 Aktuelle Anfragen**

#### **10.2.1 Inanspruchnahme Arbeitslosengeld I oder Hartz IV von Lehrkräften auf Grund befristeter Arbeitsverträge AN/0662/2013**

#### **10.2.2 Umwandlung von befristeten Arbeitsverhältnissen in Dauer- Arbeitsplätze AN/0801/2013**

Der Tagesordnungspunkt wird schriftlich beantwortet.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren zu setzen.

Mit dem Job-Boom der vergangenen Jahre unter der Bundesregierung von CDU und FDP sind nach Erkenntnissen von Arbeitsmarktforschern auch die Chancen von befristet Beschäftigten auf einen Dauer-Arbeitsplatz deutlich gestiegen.

Wurden im Jahr 2009 lediglich 30 Prozent der zunächst befristet angestellten Männer und Frauen übernommen, so waren es 2012 schon 39 Prozent, wie aus einer am Donnerstag veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervorgeht. Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bitte in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele befristete Arbeitsverhältnisse sind in dem o.g. maßgeblichen Zeit-

- raum in Köln in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt worden?
2. Wie hoch ist die entsprechende Umwandlungsquote der Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Arbeitsmarktbranchen in dem Zeitraum 2009 bis 2013 für Köln?
  3. Laut der vorzitierten Studie des IAB erstreckt sich dieser Trend auch auf die Beschäftigungssituation in der öffentlichen Verwaltung. Inwieweit hat die Kölner Stadtverwaltung in diesem Zeitraum befristete Arbeitsverhältnisse in Dauer-Arbeitsplätze umgewandelt?

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Ulrich Breite

Fraktionsgeschäftsführer

gez.

Katja Hoyer

Sozialpolitische Sprecherin

## **11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

### **11.1 Verteilung der Fördermittel 2013 - SeniorenNetzwerke/offene Altenarbeit 1775/2013**

Frau Wilden sagt, dass sie der Beschlussvorlage zustimme, außer Punkt h in der Anlage 1.

Frau Hoyer teilt mit, dass sie sich nicht an der Abstimmung beteilige, da sie befangen sei.

Herr Krücker erläutert, dass er froh sei, dass die vorliegende Förderung beschlossen werde. Er empfindet es positiv, dass das etablierte Fördersystem wieder zur Anwendung komme. Er äußert seinen Wunsch, dass diese Förderung auch für 2014 bestand habe.

Frau Reker ergänzt, dass eine Anfrage im Integrationsrat zu der Vorlage (Session Nr. 2051/2013) gestellt worden sei. „Ob und in welchem Umfang Förderungen für ältere Migranten und Migrantinnen auch in 2014 noch zur Verfügung stehen“. Sie könne diese Frage momentan leider nicht beantworten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass diese Anfrage nicht Beschluss relevant sei und dankt für den Hinweis von Frau Reker.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft den Beschlussvorschlag zur Abstimmung auf.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, unter Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, Zeile 15, für das Haushaltsjahr 2013 veranschlagten Transferaufwendungen für die Förderung der Seniorennetzwerke/Offene Altenarbeit in Höhe von 1.358.700 €, wie in Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage dargestellt, zu vergeben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt** – Frau Wilden von der Fraktion pro Köln stimmt der Beschlussvorlage zu, außer Punkt h in der Anlage 1– Frau Hoyer von der FDP Fraktion beteiligt sich nicht an der Abstimmung-.

**11.2 Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen  
hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse  
2117/2013**

**Der Tagesordnungspunkt wird in die Sondersitzung am 18.07.2013 verschoben.**

**11.3 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel**

**hier: Maßnahmebewilligungen 2013  
1565/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass die Vorlage in der letzten Sitzung an die Verwaltung zurückgegeben wurde mit der Bitte sie zu überarbeiten.

Herr Helling sagt für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, dass sie der Vorlage zustimmen werden. Er bittet die Verwaltung um Prüfung, wie der Ausschuss Soziales und Senioren 2014 an der Vergabe von Zuschüssen zu beteiligen sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt für die SPD Fraktion, ob es tatsächlich nur fünf mögliche Antragssteller geben konnte, da andere Träger solche Maßnahmen nicht mehr durchführen könnten.

Frau Reker antwortet, dass es sich um die Verlängerung von fünf bestehenden Maßnahmen handeln würde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt vorbehaltlich der Bekanntmachung der Haushaltssatzung, aus den im Haushaltsplan 2013/14 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier“ – Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel für das Jahr 2013 Zuschüsse an die in der Begründung genannten Träger zur Verlängerung von Maßnahmen in Höhe von insgesamt 37.500 € zu gewähren.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt**

## **12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

## **13 Ausschussempfehlungen an den Rat**

### **13.1 Überplanmäßiger Aufwand für Bewachung im Bereich der Flüchtlingswohnheime Hj. 2013/2014 1223/2013**

Frau Hoyer stellt fest, dass es einen Missstand gab und dadurch zu Zwischenfällen gekommen sei. Sie bemängelt, dass der Ausschuss Soziales und Senioren nicht bereits im Vorfeld über diese Missstände informiert worden sei. Sie fragt, was genau vorgefallen sei und warum für den Schutz eines Flüchtlingswohnheims eine Bewachungsfirma beauftragt werden müsse. Weiter fragt sie, für welche Dienstleistung die 196.826,- Euro ausgegeben werden sollen. Desweiteren fragt sie, wieso das Geld für das Bewachungsunternehmen aus der Integrationspauschale genommen werde und ob es in anderen Wohnheimen ähnliche Probleme gebe.

Frau Reker antwortet, dass es bereits eine Mitteilung im Ausschuss Soziales und Senioren zum Flüchtlingswohnheim Xantener Str. gegeben habe (Anm. des Protokollanten: Session Nr. 1073/2013 in der Sitzung für Soziales und Senioren am 11.04.2013).

Herr Ferber antwortet, dass es Probleme im Flüchtlingswohnheim in der Xantener Str. gebe. Das Objekt sei u.a. in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Das Ziel sei, das Objekt frei zu räumen. In der jetzigen Unterbringungssituation sei dies zwar schwierig, aber die Stadt Köln habe die Betreiberverantwortlichkeit. D.h. bei auftretenden Problemen müsse diese Betreiberverantwortung sowohl hinsichtlich der Verkehrssicherungspflicht als auch zur Sicherung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens erfüllt werden. Der Bewachungsschutz werde mit zwei Stellen 24 Stunden „rund um die Uhr“ Präsenz zeigen. Dies entspreche dem finanziellen Betrag von 196.826,- Euro für 2013.

Die Integrationspauschalen nach dem Teilhabe und Integrationsgesetz seien nur für einen bestimmten Personenkreis (z.B. Spätaussiedler und besondere Zuwanderungsgruppen wie jüdische Kontingentflüchtlinge, Flüchtlinge aus humanitären Aufnahmeaktionen der Bundesrepublik) vorgesehen. In Köln waren dies im Vorjahr 142 Personen. Für diese Personengruppe gewähre das Land NRW den Kommunen zusätzliche Zuwendungen.

Grundsätzlich gebe es drei unterschiedliche finanzielle Mittel, die zur Unterbringung von Flüchtlingen herangezogen würden:

- kommunale Mittel,
- Landespauschalen,
- und die beschriebenen Sondermittel.

Die Mittel aus der Integrationspauschale seien hier ausschließlich aus finanztechnischen Gründen zur Deckung herangezogen worden. Haushaltsrechtlich sei es ohne weiteres möglich, die Mittel als Einnahme zur Deckung für andere Maßnahmen heranzuziehen. Entscheidend für den Einsatz solcher Mittel der Integrationspauschale sei, dass am Ende des Jahres gezielte Maßnahmen zur Begleitung und Betreuung des o.g. Personenkreises in einem entsprechenden Gesamtaufwand nachgewiesen und abgerechnet werden kann. Am Ende des Jahres (jeweils zum 15.02. des Folgejahres) weise die Stadt der Bezirksregierung nach, dass ihr mindestens in dieser Höhe ein Gesamtaufwand zur Unterstützung dieser Personengruppe entstanden sei. Dieser Nachweis könne problemlos geführt werden.

Grundsätzlich gehöre zur Betreuung der Flüchtlinge aber auch, die Sicherheit der Objekte und der dort lebenden Bewohner sicherzustellen. Unabhängig hiervon gebe es in Köln ein umfangreiches Programm Integrationsmaßnahmen und –projekten für Flüchtlinge.

Frau Gärtner dankt für die Erklärung von Herrn Ferber. Es sei unerlässlich für die Sicherheit zu sorgen, aber es sei teilweise ein Bild entstanden, dass Integrationspolitik darin bestehe, dass Bewachungsunternehmen beauftragt werden. Sie bittet darum, dass Herr Ferber den Bericht über den Einsatz der Integrationspauschalen dem Ausschuss Soziales und Senioren nach Abschluss vorlegen möge.

Frau Wilden bemerkt, dass es auch in anderen Flüchtlingsheimen Probleme gegeben habe und man die Schwierigkeiten in der Realität nicht leugnen solle.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert noch einmal an die Mitteilung zur Xantener Str. und dass viele Menschen versuchen, positiv in diesem Bereich etwas zu bewirken.

Herr Krücker dankt ebenfalls Herrn Ferber für die Auflösung möglicher Irritationen. Er stellt fest, dass in dem Objekt Xantener Str. auch schwierige Bewohner leben. Er findet es gut, dass vieles unternommen werde um die gesamte Situation zu verbessern.

Herr Helling erinnert an den schlechten baulichen Zustand des Objektes in der Xantener Str.

Es seien zwar Notsanierungen vorgenommen worden, die aber die Qualität der Einrichtung nicht wirklich verbessert hätten. Für ihn bestehe daher ein Zusammenhang zwischen dem schlechten Objekt und dem Verhalten einzelner Bewohner.

Er betont, dass in der Praxis ein System existiere, in dem Hausmeister/innen, Sozialarbeiter/innen und Sicherheitspersonal gut zusammen und integrativ arbeiten würden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der Tagesordnungsdebatte der Tagesordnungspunkt ohne Votum in die Beratungsfolge verschoben wurde.

**Der Tagesordnungspunkt wird mit dem Protokollauszug in den Finanzausschuss verschoben.**

**Der Tagesordnungspunkt wird mit dem Protokollauszug in den Finanzausschuss verschoben.**

### **13.2 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln 4241/2012**

Frau Schmerbach dankt für die gute Darstellung der Verwaltung, die zeige was für gute Arbeit die Stadt Köln im Rahmen der Integration leiste. Sie bedauere, dass keine konkrete Priorisierung dargestellt sei.

Herr Helling findet gut;

- dass der Sachstand vieler Maßnahmen erhoben worden sei,
- dass die Handlungsempfehlungen der Expertengruppen in das Maßnahmenprogramm eingearbeitet seien,
- dass es eine Vielzahl von Daten über die Interkulturelle Öffnung gebe.

Als schlecht empfindet er,

- dass in einigen Bereichen der Sachstand der Maßnahmen nicht vollständig mitgeteilt werden könne,
- dass in einigen Bereichen die Maßnahmen gar nicht aufgeführt seien,

Die Frage, wie man mit diesem Maßnahmenprogramm zukünftig umgehe werde, sei aus der Vorlage nicht ersichtlich. Empfehlungen, welche Maßnahmen weiter (befristet) fortgesetzt werden sollen, welche Maßnahmen gestrichen werden sollen, gebe das vorliegende Programm nicht. Für ihn sei aber eine solche Empfehlung wichtig. Er stellt fest, dass der Ausschuss Soziales und Senioren der Vorlage heute zustimmen solle. Das Programm müsse im Rat zur Kenntnis genommen werden.

Frau Reker bedankt sich für die positive Anteilnahme des Ausschusses Soziales und Senioren an dem noch unvollständigen interkulturellen Maßnahmenprogramm. Das Integrationskonzept sei eine Bestandsaufnahme. Die Expertengruppen sollten bereits eine Priorisierung der Maßnahmen vornehmen. Bei der jetzigen Haushaltslage sei eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Expertengruppen schwierig. Über die weitere Verfahrensweise werde der Ausschuss Soziales und Senioren informiert.

Frau Gärtner dankt ebenfalls für die umfangreiche Vorlage. Sie habe die Vorlage so verstanden, dass es für die Fraktionen eine Grundlage für weitere Beratungen sei. Weitere Vorlagen zu erstellen, von denen man bereits wüsste, dass man sie wegen der Haushaltslage nicht umsetzen könne, sei aus ihrer Sicht nicht nötig.

Frau Schmerbach merkt an, dass aus dem Integrationskonzept heraus ein Maßnahmenprogramm entwickelt werden solle. Deshalb sei für sie eine weitere Fortschreibung des Maßnahmenprogramms wichtig und sinnvoll.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

### **Beschluss:**

Das „Interkulturelle Maßnahmenprogramm“ wird als auftragsgemäße Bestandsaufnahme der aktuell bestehenden integrativen Arbeit im Bereich Migration in Köln zur Kenntnis genommen.

Für die Umsetzung neuer Maßnahmen, die mit der Zusetzung von Personal oder Finanzmitteln verbunden sind, sind gesonderte Entscheidungen der zuständigen politischen Gremien herbeizuführen.

Es gilt der grundsätzliche Vorbehalt der Finanzierbarkeit bei der weiteren Durchführung aller dargestellten Maßnahmen sowie der geplanten regelmäßigen Aktualisierung und Fortschreibung des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms‘.

Mit der Kenntnisnahme des Rates ist die Erwartung an die Verwaltung verbunden, das Maßnahmenprogramm als Planungsgrundlage zu nutzen, um für das Handlungsfeld Integration im Rahmen der jeweils vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen geeignete Maßnahmen fortzuschreiben und weiterzuentwickeln.

Damit ist verbunden,

- die laufenden Maßnahmen innerhalb der Fachressorts regelmäßig hinsichtlich ihrer integrationsspezifischen Relevanz und Wirksamkeit zu überprüfen,
- die Vorschläge für neue Maßnahmen hinsichtlich der Relevanz und Umsetzungsmöglichkeiten zu bewerten,
- Kennzahlen zur Messung der Wirksamkeit aller durchgeführten Maßnahmen zu entwickeln.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich – gegen die Stimme der Fraktion pro Köln – zugestimmt.**

### **13.3 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln 1617/2013**

Frau Hoyer fragt Frau Reker, warum Köln nicht mehr als 1,5 Stellen für KIZ von der Landesförderung zugewiesen bekomme. Sie finde es schwer nachvollziehbar, das Köln dieselbe Landesförderung erhalte wie eine kleine Gemeinde in NRW. Sie fragt, ob die Fraktionen im Landtag aktiv werden müssen um eine größere Förderung zu erreichen.

Frau Reker antwortet, dass sie die Auffassung von Frau Hoyer teile. Die Verteilung sei überall gleich. Dies sei so vom Land NRW vorgesehen und eine kurzfristige Änderung nicht möglich.

Frau Schmerbach sagt, dass der Integrationsrat zu Punkt 1 einen weiteren Arbeitsschwerpunkt beschlossen habe. Dieser könne nicht Bestandteil dieses Antrages sein weil nach Landesrichtlinien nur ein Arbeitsschwerpunkt angegeben werden könne. Der weitere Schwerpunkt wäre für den Integrationsrat wichtig. Zuerst aber müsse das Integrationszentrum in Köln errichtet werden, um dann in einem weiteren Schritt den weiteren Arbeitsschwerpunkt (den Ausbau der Mehrsprachigkeit) zu installieren.

Frau Reker ergänzt, dass es sich im Integrationsrat um einen Prüfauftrag gehandelt habe und bestätigt die Aussage von Frau Schmerbach. Die Bilingualität dürfe leider nicht mit einem eigenen Arbeitsschwerpunkt im Antrag aufgeführt werden.

Herr Helling bittet darum, dass die Erklärung zu dem weiteren Arbeitsschwerpunkt in der Niederschrift vermerkt werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass wesentliche Teile des Prüfauftrages nicht zu realisieren seien.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft den Beschlussvorschlag zur Abstimmung auf.

#### **Beschluss:**

Der Rat beschließt die Einrichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums Köln“ durch Zusammenlegung der bisherigen „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)“ und des „Interkulturellen Referates“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt gemäß § 7 des Gesetzes zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration des Landes *NRW*.

Vorbehaltlich der Erfüllung der Fördervoraussetzungen des Landes sowie der grundsätzlichen Genehmigung durch die zuständigen Ministerien und der Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde (Bezirksregierung Arnsberg) beschließt der Rat die Einrichtung von 1,5 Stellen zum Stellenplan 2015 (1 Stelle Verwaltungsfachkraft und 0,5 Stelle Assistentkraft). Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2015 sind verwaltungsintern entsprechende Verrechnungsstellen zur Verfügung zu stellen. Die Freigabe der Stellen erfolgt befristet, in Abhängigkeit zur jährlich zu beantragenden Landesförderung.

Das „Kommunale Integrationszentrum Köln“ wird organisatorisch beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt - Punktdienststelle „Diversity“ (5001) als eigenständige Abteilung (5001/1) angebunden.

Die Verwaltung wird beauftragt, das bereits in Gang gesetzte Antragsverfahren (Antragstellung beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sowie beim Ministe-

rium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW) unverzüglich fortzusetzen, damit ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für die Stadt ein entsprechender Antrag auf Förderung dieses „Kommunalen Integrationszentrums“ beim Land NRW aufgrund der dort formulierten Rahmenbedingungen Aussicht auf Erfolg hat.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt – bei Enthaltung von pro Köln -

**13.4 Verwendung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren sowie der Mittel für Interkulturelle und Integrationsprojekte für die Jahre 2013 und 2014.**

**Hierzu Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in 2013 unter Herstellung einer jahresübergreifenden Haushaltsneutralität.  
2050/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass der Tagesordnungspunkt ohne Votum in die weiteren Gremien verschoben werde.

**Der Tagesordnungspunkt wird in die weiteren Gremien verschoben.**

**14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

**15 Anfragen**

Frau Hoyer bittet um Auskunft zu Vakanzen bei Leitungsstellen in den bezirklichen Außenstellen des Sozialamtes.

Frau Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob es Anfragen im Nichtöffentlichen Teil gebe. Er stellt fest, dass dies nicht der Fall sei. Daraufhin beendet er die Sitzung, ohne die Nichtöffentlichkeit herzustellen, da es keine Tagesordnungspunkte im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung gebe.